

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/239

Bonn, den 17. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Die Einheitsgesellschaft an der Ruhr	67

Von Helmut Schmidt,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

GLOSSE

3	J A E G E R - T H A D D E N	37
	Oder die Schule des Vizepräsidenten	

4	Tod einer Doktrin	44
	Militärs bestimmen in Lateinamerika	

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLISDERUNG bringt heute:

Mit Tatsachen Spaltern antworten
Menschenrechte müssen verbindliches Völkerrecht werden
Rohs führte Gespräche in Rom
Giftige Pfeile auf sozialdemokratische Patrioten
Verbesserte Alterssicherung für Flüchtlinge und Vertriebene
Europäische Zukunft des Balkans
Auszeichnung für Ruth Hoffmann

Die Einheitsgesellschaft an der Ruhr

Von Helmut Schmidt,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Als im November 1966 die Regierung Erhard/Mende mit ihrer Regierungskunst am Ende war und die Sozialdemokraten sich entschlossen, in die Große Koalition einzutreten, bot sich uns allen das düstere Bild einer Wirtschaftsrezession mit all ihren negativen Begleiterscheinungen auf dem sozialen Sektor, wie es die Bundesrepublik bis dahin noch nicht erlebt hatte.

Diese krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung Ende 1966 hatte die seit einem Jahrzehnt schwebende Kohlenkrise noch weiter verschärft. Unbezahlte Feierschichten, Entlassungen und Zechenstilllegungen erschütterten nicht nur das Ruhrrevier, sondern auch das Vertrauen der hier lebenden Menschen in den Staat, von dem man ihnen immer wieder erzählt hatte, daß er auch ihr Staat sei.

Erste und zugleich ernste Anzeichen politischer Radikalisierungstendenzen im Ruhrrevier wurden deutlich. Davor hatte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in den von ihr immer wieder erzwungenen Energie debates im Bundestag mehr als einmal gewarnt, ohne daß jedoch die früheren Bundesregierungen fähig und willens gewesen wären, der Kohlenkrise durch ein vernünftig durchdachtes Energiekonzept zu begegnen.

Erst mit dem Ministerwechsel im Bundeswirtschaftsministerium trat auch ein Wechsel in der Behandlung der energie- und kohlepolitischen Fragen ein. Das wurde insbesondere an der Tatsache deutlich, daß sich der sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller sofort nach seinem Amtsantritt sehr ernsthaft mit den Vorschlägen der IG Bergbau und Energie zur Neuordnung des Ruhrkohlebergbaus beschäftigte.

Der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, mein Fraktionskollege Walter Arendt, hatte Anfang November 1966 den Vorschlag gemacht, den in 28 Einzelgesellschaften aufgesplitterten Ruhrkohlebergbau in einer Einheitsgesellschaft zusammenzufassen. Die Bergbauunternehmer lehnten diesen Vorschlag rundheraus ab und auch in der damaligen Bundesregierung fand man kein Wort der Zustimmung. Genauso wenig folgte man dem gewerkschaftlichen Vorschlag, Bund, Land, Unter-

nehmer und Gewerkschaft an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen, um durch Sachgespräche der leidigen Kohlenkrise Herr zu werden. Dadurch wurde viel Zeit, kostbare Zeit, versäumt.

Inzwischen ist jedoch aus dem Gewerkschaftsvorschlag von 1966 Wirklichkeit geworden. In den letzten Tagen wurde die Ruhrkohle AG gegründet. Das war nur möglich, weil im Bundeswirtschaftsministerium unter Vorsitz von Keri Schiller auch in der Kohlefrage mit allen Beteiligten "konzertiert" wurde. Es waren langwierige Verhandlungen; aber sie waren letztlich erfolgreich, weil die besseren Argumente bei den Befürwortern der Einheitsgesellschaft lagen. Daß die neue Ruhrkohle AG zwar unter Assistenz der Politik, aber auf privatwirtschaftlicher Grundlage, errichtet wurde, macht das große Maß von wirtschaftsbewußter Argumentation und Beweisführung deutlich, die dem Gewerkschaftsvorschlag zugrunde lag.

Diese auf gewerkschaftliche Initiative erfolgte Gründung der Einheitsgesellschaft ist ein guter Beweis für die verantwortungsbewußte Rolle der deutschen Gewerkschaften. Deshalb: Nicht Verkettung der Gewerkschaften, sondern Verständigung mit den Gewerkschaften wird allen politischen und gesellschaftlichen Kräften zum Vorteil gereichen.

Die IG Bergbau und Energie hat mit ihrer Aktivität und Initiative neue Akzente in der sozialen Auseinandersetzung gesetzt. Sie hat den Beweis dafür erbracht, daß die gewerkschaftliche Perspektive nicht auf den sozialen Teilbereich begrenzt sein muß, sondern sehr wohl die Summe aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte zu erfassen vermag. Das bedeutet im Falle der neuen Ruhrkohle AG wirtschaftliche Gesundung der kranken Unternehmen, soziale Sicherheit und Sicherung der Arbeitsplätze für die Arbeitnehmer, politische Stabilisierung in einem vormals radikalierungsbedrohten Revier, sowie die gesellschaftspolitisch so bedeutsame Anwendung der Mitbestimmungsidee in der Praxis. Sieht man die Bildung der Einheitsgesellschaft für den Ruhrbergbau unter diesen Gesichtspunkten, dann haben die an der Neuordnung des Bergbaus beteiligten Kräfte aus Politik, Gewerkschaft und Wirtschaft wahre Pionierarbeit geleistet, wofür ihnen Dank und Anerkennung geschuldet wird.

G L O S S E

J A E G E R - T H A D D E N

Oder die Schule des Vizepräsidenten

EF - Die NPD-Abgeordneten der Bundesversammlung werden den sozialdemokratischen Bundespräsidentschaftskandidaten, Bundesjustizminister Dr. Gustav Heinemann, nicht wählen. So verkündete es, laut dpa, der NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden am Montag vor der Presse in Hannover.

Die Sozialdemokratie und Dr. Gustav Heinemann fühlen sich geehrt ob dieser Ankündigung. Es wäre wirklich peinlich, hätte Herr von Thadden etwas anderes gesagt.

Nun könnte man zur Tagesordnung übergehen, wenn die Begründung für die angekündigte Haltung der NPD-Abgeordneten nicht so interessant wäre. Herr von Thadden meinte nämlich, nach Ansicht des Parteivorstandes der NPD biete Heinemann, "der ohne Skrupel die Kommunisten über die Möglichkeiten einer Neugründung ihrer Parteien beraten" und offen ein Verbot der NPD gefordert habe, keine Gewähr für eine unparteiliche, überparteiliche und gerechte Amtsführung als Bundespräsident.

Was den ersten Teil der Thadden'schen Behauptung angeht, so ist diese nicht neu. Wir hörten sie, ähnlich formuliert, vor kurzem als einen Ausspruch des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, des CSU-Abgeordneten Dr. Richard Jaeger. Auch Herr Jaeger meinte, Heinemann könne nicht Bundespräsident werden, weil er Kommunisten "beraten" habe...

Wüßten wir nicht genau, daß Herr Jaeger ein christlich-sozialer Politiker aus Bayern ist, dann müßten wir annehmen, Herr von Thadden habe sich beim Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages eine Anleihe geholt oder dieser habe selbst dem Herrn von Thadden geraten, Dr. Heinemanns Wahl mit der gleichen Begründung als Bundespräsidenten abzulehnen, die er schon schriftlich gegeben hat.

Wie dem auch sei: Es ist doch recht makaber, feststellen zu müssen, daß ein Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der der christlich-sozialen Union angehört, in das gleiche Horn bläst, wie der Vorsitzende der NPD, jener Partei, die nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR eine krampfhafteste Rechtfertigung für das Verhalten Moskaus suchte. - Wenn die Kombination Jaeger - Thadden Schule macht, können wir uns im kommenden Bundestagswahlkampf auf allerlei gefaßt machen.

Tod einer Doktrin

Militärs bestimmen in Lateinamerika

HD-1 - Die vielleicht folgenschwerste Entscheidung, die der neugewählte Präsident Venezuelas, der Christdemokrat Rafael Caldera, noch vor seinem Amtsantritt traf, verhilft den in ganz Lateinamerika unpopulären Militärregimes zu einer kostenlosen Aufwertung, die ergänzt wird durch die vielfältigen Spekulationen um den "neuen Lateinamerika-Kurs", den der designierte US-Präsident Richard M. Nixon zu steuern gedenkt.

Die repräsentativen Demokratien in Iberoamerika bröckeln ab; immer häufiger bestimmen die Militärs das politische Leben und demonstrieren durch die physische Übernahme der Staatsgewalt, daß sie allein an den Schalthebeln der Macht sitzen, in Argentinien, in Bolivien, in Brasilien, in Paraguay, in El Salvador, in Nicaragua, und neuerdings auch in Panama und in Peru.

Venezuela hatte die Militärregimes im wahren Sinne des Wortes "geschnitten" und die diplomatischen Beziehungen zu allen Republiken der westlichen Hemisphäre abgebrochen, deren Staatsspitze sich nicht auf eine demokratische Wahl stützen kann. Diese "Betancourt-Doktrin", aufgestellt vom früheren Präsidenten Rómulo Betancourt (1959/63), hat jetzt Caldera über Bord geworfen mit der vielen Beobachtern einleuchtenden Begründung, Venezuela laufe damit Gefahr, sich selbst zu isolieren und die so bitter notwendige Zusammenarbeit auf dem Subkontinent zu torpedieren.

Die Argumente des neugewählten Präsidenten sind dennoch eine zweischneidige Angelegenheit. Ob sie die Zusammenarbeit innerhalb der lateinamerikanischen Völkerfamilie erleichtern werden, bleibt selbstverständlich abzuwarten. Andererseits ist eine negative Folge der von Caldera verfolgten Politik bereits eingetreten. Die Militärs fühlen sich moralisch aufgewertet. Venezuela, das sich als Hort der Demokratie fühlte, kann nicht erwarten, seine Geste durch die Militärs honoriert zu sehen. Innenpolitisch besteht die Gefahr, daß die Anhänger des gestürzten, im spanischen Exil befindlichen Diktators Marcos Pérez-Jiménez neue Morgenluft wittern und angesichts der labilen Verhältnisse im neugewählten Parlament wieder Diktaturgelüste verspüren. Die Aufhebung der "Betancourt-Doktrin" kann weitreichende Folgen auf der Landkarte Süd- und Mittelamerikas auslösen - sie muß es nicht.

Vieles wird von den praktischen Ergebnissen der Nixon'schen Politik gegenüber den südlichen Nachbarn abhängen. Die mächtige Industrie-Lobby in Washington und einige lateinamerikanische Regierungen wünschen ein stärkeres finanzielles Engagement der Vereinigten Staaten in Lateinamerika, das nach der Beendigung des Vietnam-Krieges greifbare Gestalt annehmen kann. Bei den jüngsten Beratungen der Generalstäbler der westlichen Hemisphäre in Rio de Janeiro wurde offen nach einem neuen militärischen Paktsystem gerufen.